

18.23

Abgeordneter Dr. Nikolaus Scherak (NEOS): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Wir diskutieren jetzt hier das Basiskonto, das in Österreich eingeführt werden soll, was ja grundsätzlich – wenn sich die Aufregung gelegt hat – eine gute Idee ist, weil es darum geht, dass Menschen ... *(Unruhe im Sitzungssaal.)*

Präsident Karlheinz Kopf: Meine Damen und Herren, wir sind beim nächsten Tagesordnungspunkt. Bitte schenken Sie dem Redner Ihre Aufmerksamkeit! – Bitte, Herr Abgeordneter. *(Abg. Neubauer: ... gegen den eigenen Antrag stimmen!)*

Abgeordneter Dr. Nikolaus Scherak *(fortsetzend)*: Danke, Herr Präsident! Wir haben noch so viel Restredezeit, dass ich ohnehin noch lange ...

Präsident Karlheinz Kopf: Nein, ich habe die Redezeit gestoppt.

Abgeordneter Dr. Nikolaus Scherak *(fortsetzend)*: Also wir diskutieren hier das Basiskonto, das jetzt in Österreich eingeführt werden soll, was ja grundsätzlich eine sehr gute Idee ist, weil es darum geht, dass auch Menschen, die sozial bedürftig sind und sich ein herkömmliches Konto nicht leisten können, die Möglichkeit haben sollen, ein entsprechendes Konto bei einer Bank zu eröffnen.

Jetzt gibt es einige Banken und Unternehmen, die das zum Glück schon in den letzten Jahren zur Verfügung gestellt haben, was man, glaube ich, sehr positiv hervorstreichen muss. Es war die Erste Bank, die mit der Zweiten Sparkasse schon die Möglichkeit geschaffen hat, dass auch sozial Bedürftige ein entsprechendes Konto bei ihnen eröffnen können.

Mir ist auch bewusst, dass wir hier grundsätzlich eine Richtlinie umsetzen, die von der europäischen Ebene kommt. Da wird der Kollege Wurm sich freuen, dass zum ersten Mal etwas aus Brüssel kommt, dem er heute auch zustimmen wird, wie ich gehört habe – es ist also offensichtlich nicht alles so schlecht, was in Brüssel passiert. Das ist also eine Richtlinie, die umzusetzen ist, aber da gibt es auch ein paar überschießende Dinge, und das ist der Grund, weshalb wir dem nicht zustimmen werden, auch wenn wir diese Grundsatzintention des Basiskontos für sehr sinnvoll erachten.

Jetzt ist der Kollege Rädler leider nicht im Raum *(Abg. Lueger: Das ist auch besser so!)* – schreiben Sie es ihm auf! –, denn der Kollege Rädler glaubt ja, dass es etwas Linkes ist, sich für Grundrechte und Datenschutz einzusetzen. In dem Zusammenhang wäre die Frage viel spannender, wieso die ehemalige Wirtschaftspartei ÖVP hier heute einem Gesetz zustimmen wird, das auch sehr überschießende, unnötige Regelungen in Bezug auf Unternehmen – in dem Fall Banken – enthält. Es wäre eigentlich

interessant, wieso der Kollege Rädler dem hier heute zustimmen wird, denn er ist ja der Meinung, dass die NEOS offensichtlich links sind.

Es sind in dem Fall die NEOS, die sich aus genau diesen Gründen dieser Vorlage heute verschließen und ihr nicht zustimmen werden, weil es eben leider ein paar Punkte gibt, die – in dem Fall Banken – aus unserer Sicht unnötigerweise und über Gebühr beeinträchtigen, und ich will hier vier Punkte präsentieren, die so einfach nicht notwendig gewesen wären.

Die Richtlinie sieht ja vor, dass es für dieses Basiskonto ein entsprechend angemessenes Entgelt mit der Orientierung am Einkommensniveau in dem Land geben soll. Das ist sehr sinnvoll. Was hier im Gesetz aber gemacht wurde, ist, dass ein fixes Entgelt festgeschrieben wurde – einerseits 80 €, andererseits bei sozial extrem bedürftigen Menschen 40 €. Ich meine, dass man da den Spielraum ohne Weiteres hätte lassen können, weil es nicht notwendig ist, da ein fixes Entgelt festzuschreiben.

Die Umsetzung sieht auch keine Begrenzung für die Anzahl der Überweisungen, die bei diesem Basiskonto inkludiert sein sollen, vor. Auch diesbezüglich hätte die Richtlinie einen weiteren Spielraum möglich gemacht, indem sie gesagt hat, dass die Banken die Möglichkeit haben sollen, wenn es über eine Anzahl an Überweisungen hinausgeht, die das übliche Maß übertrifft, dass sie eben für diese Überweisungen, die das übliche Maß überschreiten, auch ein entsprechendes Entgelt verlangen können hätten – was ich für sehr sinnvoll halte. Ich meine, ein Basiskonto ist dafür da, dass ich das übliche Maß an Überweisungen und nicht auch alles darüber hinaus durchführen kann.

In diesem Zusammenhang müssen die Kreditinstitute mit dem Basiskonto auch alle möglichen Dienste von Kooperationspartnern zur Verfügung stellen, was aus meiner Sicht gleichfalls nicht Teil eines Basiskontos sein muss. Da gibt es so Dinge wie Überweisungen mit Western Union und so weiter. Ich glaube, das wäre nicht notwendig gewesen. Auch das ist überschießend und macht, wie ich meine, nicht sonderlich viel Sinn.

Der Hauptgrund ist, und den verstehe ich bis heute nicht: Dieses Basiskonto soll ja jedermann und jederfrau zur Verfügung gestellt werden. Jetzt ist es so, dass es natürlich die Situation geben kann, dass jemand ein entsprechendes Konto hat, aufgrund von sozialer Bedürftigkeit dieses Konto kündigen muss, weil er es sich nicht leisten kann, und dann Anspruch auf ein Basiskonto haben sollte. – Das sehe ich genauso. Nur so, wie das Gesetz momentan vorliegt, heißt das, dass ich morgen zu meiner Bank gehen kann, mein Konto kündigen kann und bei der nächsten Bank

Anrecht auf ein Basiskonto habe – und ich bin nicht der Meinung, dass das der Intention der Richtlinie entspricht.

Die Richtlinie ging grundsätzlich davon aus, dass man sozial bedürftigen Menschen die Möglichkeit gibt, ein Basiskonto zu eröffnen. – Ich empfinde mich selbst jetzt nicht als sozial bedürftig, insofern verstehe ich nicht, wieso auch da wieder entsprechend überschießend eine Regelung gefasst wurde und wieso wir nicht dem Zweck der Richtlinie, nämlich sozial bedürftigen Menschen die Möglichkeit zu geben, ein Basiskonto zu eröffnen, entsprechen, sondern dies jedermann und jederfrau – also auch denen, die es nicht brauchen – ermöglichen. Ich denke, das geht weit darüber hinaus, was die Richtlinie vorgesehen hat.

Frau Kollegin Schatz war dann im Ausschuss völlig verwundert und entgeistert darüber, weshalb die NEOS dem nicht zustimmen werden, und hat gesagt, es kann ja nicht sein, dass ich im Konsumentenschutzausschuss auch die Interessen der Unternehmer vorbringe. Sie hat dann gesagt, das ist total absurd, weil wir uns ja alle auch solidarisch mit Banken gezeigt haben und den Banken entsprechend geholfen haben. – Ich habe es im Ausschuss schon gesagt und sage es hier noch einmal: Ich bin der Meinung, dass auch diese Bankenunterstützung nicht sonderlich sinnvoll gewesen ist, weil es auch Teil einer Marktwirtschaft ist, dass Unternehmen, wenn sie entsprechend schlecht wirtschaften, danach auch keine Zuschüsse vom Staat bekommen sollten.

Der wesentliche Punkt ist folgender: Ich habe gerade vorhin eine OTS-Nachricht gelesen – und eigentlich verwundert es mich bei den Grünen nicht –, die Frau Kollegin Aslan über die APA ausgeschickt hat, in der steht, dass genau heute, wenn wir dieses Basiskonto beschließen wollen, die Idee kommt, dass die Unternehmen – die bösen Unternehmen, die bösen Banken aus ihrer Sicht – dann eine neue Gebühr für die Bankomaten einführen wollen.

Na ja, mich wundert das nicht! Wenn man Banken oder generell Unternehmen immer wieder neue Regelungen aufschwätzt und in dem Zusammenhang auch immer wieder überschießend agiert, dann wundert es mich nicht, dass Banken und Unternehmen versuchen werden, sich irgendwo anders die entsprechenden Gelder zu holen, die sie auch brauchen, um entsprechend zu wirtschaften. Das machen sie jetzt entsprechend bei der Bankomatgebühr. Ich bin grundsätzlich der Meinung ... (*Abg. Pirklhuber: Es geht um die Leistung! Wo war die Leistung?*) – „Wo war die Leistung?“ – Na ja, wenn ich bei einem Bankomaten Geld abhebe, dann stellt mir die Bank eine Leistung zur Verfügung, nämlich dass ich zu einem Bankomaten gehen und dort Geld abheben

kann. Und wenn eine Bank der Meinung ist, dass sie dafür auch entsprechende Gebühren einholen soll, dann halte ich das insbesondere vor dem Hintergrund, dass wir hier immer neue Regularien erfinden und den Banken und den Unternehmen auch immer neue Dinge aufschwätzen, für vollkommen nachvollziehbar. *(Zwischenrufe der Abgeordneten **Pirkhuber** und **Vavrik**.)* – Herr Kollege Pirkhuber, so funktioniert die Marktwirtschaft: Wenn ich von jemandem etwas haben will, dann ist es umgekehrt auch so, dass ich dafür aufkommen muss *(neuerlicher Zwischenruf des Abg. **Pirkhuber**)*, insbesondere dann, wenn ich immer weiter unnötige Regeln den Unternehmen und den Banken aufbürde. Dann brauchen sich die Grünen nicht zu wundern! *(Abg. **Pirkhuber**: Früher haben wir etwas gehabt! Da sind wir in die Bankfiliale gegangen und haben eine Dienstleistung erhalten!)*

Ich weiß, dass aus Sicht der Grünen Unternehmen und Banken prinzipiell etwas Böses sind – das ist so, das ist ein wesentlicher Unterschied –, und die Frau Kollegin Schatz, die leider nicht da ist, hat ja gesagt, sie wird das an die Öffentlichkeit bringen. *(Präsident **Hofer** übernimmt wieder den Vorsitz.)*

Ich habe ihr dafür gedankt, weil ich das für einen grundlegenden Unterschied zwischen uns NEOS und den Grünen halte, dass wir nämlich zutiefst davon überzeugt sind, dass es auch in Österreich unternehmerische Tätigkeiten braucht, dass es unternehmerisches Tätigwerden braucht, weil das notwendig ist, damit wir in Österreich auch Arbeitsplätze haben. *(Abg. **Pirkhuber**: Eine Abzocke ist das!)* Ihr Ziel ist es, den Unternehmen immer neue Auflagen aufzuschwätzen, sodass am Schluss gar keine Arbeitsplätze mehr da sind. *(Zwischenruf der Abg. **Aslan**.)*

Ich halte das nicht für sinnvoll. So funktioniert eine Marktwirtschaft leider nicht. *(Beifall bei den NEOS. – Abg. **Pirkhuber**: Ein mieses Geschäftsmodell!)*

18.30

Präsident Ing. Norbert Hofer: Nun gelangt Frau Abgeordnete Lueger zu Wort. – Bitte.